S 30 KR 645/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, Arzt-Patienten-Kontakt, Krankengeld, Obliegenheit, Verantwortungssphäre, Zumutbarkeit, Zurechnung
Leitsätze	Die Verzögerung der rechtzeitigen ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit fällt nicht in die Verantwortungssphäre der Krankenkasse, sondern in die des Versicherten, wenn die verspätete Feststellung darauf beruht, dass ein rechtzeitig vereinbarter Arzttermin aufgrund einer überfüllten Arztpraxis vom Versicherten aus eigenem Entschluss heraus nicht wahrgenommen wird, weil er sich längere Wartezeiten nicht zumuten will.
Normenkette	§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V , § 44 Abs. 1 SGB V , § 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V

1. Instanz

Aktenzeichen	S 30 KR 645/18
Datum	05.12.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 1 KR 293/21
Datum	26.01.2022

3. Instanz

Datum	-
Â	Â
Â	Â
Â	
Â	

-
1. Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 5.Ä DezemberÄ 2019 wird zurÄckgewiesen.
 2. AuÄgerichtliche Kosten des Berufungsverfahrens sind nicht zu erstatten.
 3. Die Revision wird nicht zugelassen.

Ä

Ä

Tatbestand

Ä

Die KlÄgerin begehrt die GewÄhrung von Krankengeld Äber den 27.06.2017 hinaus.

Ä

Die 1964 geborene KlÄgerin ist bei der Beklagten gesetzlich krankenversichert. Sie stand in einem versicherungspflichtigen BeschÄftigungsverhÄltnis, als sie am 13.10.2016 arbeitsunfÄhig erkrankte (pseudoradikulÄres Lumbalsyndrom). Bis zum 23.11.2016 erhielt sie von ihrem Arbeitgeber Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Seit dem 24.11.2016 bezog sie von der Beklagten Krankengeld (kalendertÄglich 17,26Ä â¬ brutto / 15,17Ä â¬ netto). Zum 06.03.2017 endete ihr BeschÄftigungsverhÄltnis. Im Anschluss an den Krankengeldbezug wurden ihr vom zustÄndigen Jobcenter Leistungen der Grundsicherung fÄr Arbeitsuchende (ArbeitslosengeldÄ II) gewÄhrt.

Ä

Die behandelnde Hausarztpraxis (Praxis Dr.Ä med. EÄ!) stellte der KlÄgerin fÄr die Zeit ab dem 13.10.2016 fortlaufend ArbeitsunfÄhigkeitsbescheinigungen (AU-Bescheinigungen) aus, wobei eine lÄckenlose Feststellung der ArbeitsunfÄhigkeit (nur) bis zum 27.06.2017 erfolgte (AU-Bescheinigung vom 13.06.2017: arbeitsunfÄhig bis zum 27.06.2017).

Ä

Am 27.06.2017 (Dienstag) begab sich die KlÄgerin â¬ eigenen Angaben zufolge mit einem entsprechenden Termin â¬ zum Zwecke der Bescheinigung des Fortbestehens der ArbeitsunfÄhigkeit in die Arztpraxis. Dort war an diesem Tage Ärztlicherseits nicht der Praxisinhaber (Herr Dr.Ä med. EÄ!), sondern allein die angestellte Ärztin (Frau Dipl.-Med. Ä ZÄ!) anwesend. Die KlÄgerin musste bei Ankunft in der Praxis feststellen, dass diese vÄllig ÄberfÄhlt war, so dass mit erheblichen Wartezeiten zu rechnen gewesen wÄre. Dies wollte sich die KlÄgerin angesichts ihres Gesundheitszustands (Schmerzen) nicht zumuten, so dass sie die

Praxis wieder verlieÃ. Am Folgetag, dem 28.06.2017 (Mittwoch), war die Arztpraxis regulÃr geschlossen. Am 29.06.2017 (Donnerstag) begab sich die KIÃgerin erneut in die Praxis, wo nach Ãrztlicher Untersuchung das Fortbestehen der ArbeitsunfÃhigkeit festgestellt wurde (AU-Bescheinigung vom 29.06.2017: arbeitsunfÃhig bis zum 20.07.2017; hieran anschlieÃend weitere lÃckenlose AU-Bescheinigungen fÃr den streitgegenstÃndlichen Zeitraum).

Ã

Die Beklagte verfÃgte, dass das Krankengeld nur bis zum 27.06.2017 gewÃhrt werde (Bescheid vom 04.07.2017, Widerspruchsbescheid vom 11.07.2018). Ab dem 28.06.2017 sei die KIÃgerin nicht mehr mit Anspruch auf Krankengeld versichert gewesen. Dies deshalb, weil das BeschÃftigungsverhÃltnis beendet gewesen sei und es fÃr das Fortbestehen eines Anspruchs auf Krankengeld an der lÃckenlosen Bescheinigung der ArbeitsunfÃhigkeit fehle. Mit AU-Bescheinigung vom 13.06.2017 sei ArbeitsunfÃhigkeit bis zum 27.06.2017 attestiert worden, dann erst wieder ab dem 29.06.2017 (mit AU-Bescheinigung vom selben Tage). Zur Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Krankengeld wÃre es erforderlich gewesen, die ArbeitsunfÃhigkeit am nÃchsten Werktag nach Ablauf der vorausgehenden Bescheinigung erneut Ãrztlich feststellen zu lassen. Hieran fehle es. Die Mitgliedschaft mit Anspruch auf Krankengeld habe daher mit Ablauf des 27.06.2017 geendet (Verweis auf [Ã 44, 46, Ã 192 Abs. 1 Nr. 2](#) FÃnftes Buch Sozialgesetzbuch [SGB V]). Ab dem 28.06.2017 bestehe kein Anspruch auf Krankengeld mehr.

Ã

Am 09.08.2018 hat die KIÃgerin Klage zum Sozialgericht (SG) Dresden erhoben, mit der sie die GewÃhrung von Krankengeld Ãber den 27.06.2017 hinaus beansprucht hat. Sie sei seit dem 13.10.2016 ununterbrochen (auch am 27.06, 28.06. und 29.06.2017) arbeitsunfÃhig erkrankt gewesen. Es sei daher mÃglich und auch sozialrechtlich geboten, ihr Ãber den 27.06.2017 hinaus Krankengeld zu gewÃhren, zumal sie am 27.06.2017 in der Arztpraxis gewesen sei und es dort auch zu einem kurzen Arzt-Patienten-Kontakt (am Praxistresen) mit der an diesem Tage anwesenden Ãrztin gekommen sei.

Ã

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten. Die (rechtzeitige) Feststellung der ArbeitsunfÃhigkeit sei eine materiell-rechtliche Voraussetzung fÃr das Entstehen bzw. den Fortbestand des Anspruchs auf Krankengeld. HierfÃr bedÃrfe es einer Ãrztlichen Untersuchung, welche am 27.06.2017 nicht erfolgt sei. Es sei auch keine Ãrztliche Leistung fÃr diesen Tag abgerechnet worden. Erst am 29.06.2017 mithin verspÃtet sei die fortbestehende ArbeitsunfÃhigkeit nach Ãrztlicher Untersuchung bestÃtigt worden.

Ã

sei. Vielmehr verbleibe es bei dem Grundsatz, dass die rechtzeitige Feststellung der Arbeitsunfähigkeit in den Verantwortungs- und Obliegenheitsbereich des Versicherten falle.

Â

Gegen das Urteil des SG vom 05.12.2019 hat die KlÄgerin am 16.12.2019 Berufung eingelegt, mit der sie ihr erstinstanzliches Begehren weiterverfolgt. Die Entscheidung des SG verkenne die aktuelle Rechtsprechung des BSG, wonach die sozialen Rechte der Versicherten mÄglichst weitgehend zu verwirklichen seien. Die Versagung des Krankengeldanspruchs bei ansonsten zweifelsfrei bestehender Arbeitsunfähigkeit unter Verweis auf eine fehlerhaft unterbliebene Ärztliche AU-Feststellung komme hiernach nicht in Betracht, zumal ein Missbrauch oder praktische Schwierigkeiten bei der Feststellung der Arbeitsunfähigkeit vorliegend nicht zur Debatte stÄnden. Vielmehr habe die in der Praxis tÄrtige Ärztin die fortbestehende Arbeitsunfähigkeit bei dem Arzt-Patienten-Kontakt am Thesen in der Praxis am 27.06.2017 persÄnlich und rechtzeitig festgestellt. Es sei einem Patienten im Äbrigen nicht zuzumuten, sich in einer Äbervollen Praxis zu Lasten anderer Patienten âvorzudrÄngelnâ. Sie habe am 27.06.2017 und am 29.06.2017 alles in ihrer Macht Stehende getan, um ihre AnsprÄche zu wahren.

Â

Die KlÄgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 5.Â DezemberÂ 2019 sowie den Bescheid der Beklagten vom 4.Â JuliÂ 2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11.Â JuliÂ 2018 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, der KlÄgerin Äber den 27.Â JuniÂ 2017 hinaus Krankengeld zu gewÄhren.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â die Berufung zurÄckzuweisen.

Â

Sie verteidigt die erstinstanzliche Entscheidung. Das Klagebegehren kÄnne â auch auf der Grundlage der neueren Rechtsprechung des BSG â keinen Erfolg haben. Die KlÄgerin habe nicht alles in ihrer Macht Stehende getan, um die fortbestehende Arbeitsunfähigkeit lÄckenlos feststellen zu lassen. Ein hinreichender Arzt-Patienten-Kontakt mit Feststellung der Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer Ärztlicher Untersuchung habe am 27.06.2017 nicht stattgefunden. Die KlÄgerin sei von der Arztpraxis auch nicht weggeschickt worden, sondern habe diese aus eigenem Antrieb â weil es so voll gewesen sei und sie nicht habe warten wollen â verlassen. Dies sei kein Umstand, welcher der Krankenkasse zuzurechnen sei. Auch am 28.06.2017 sei kein Arzt-Patienten-Kontakt erfolgt. Erst

am 29.06.2017 sei die Arbeitsunfähigkeit erneut ärztlich festgestellt worden; aufgrund der eingetretenen Lücke (keine ununterbrochene Feststellung der Arbeitsunfähigkeit) reiche dies jedoch zur Wahrung des Krankengeldanspruchs nicht aus.

Ä

Der Senat hat am 09.11.2021 durch die Berichterstatterin einen Termin zur Erörterung und Beweisaufnahme durchgeführt, in welchem zu den Abläufen in der Arztpraxis am 27.06.2017 sowohl die Klägerin persönlich gehört wurde als auch die an diesem Tag in der Praxis tätige Sprechstundenhilfe, Frau D., als Zeugin vernommen wurde. Die Zeugin D. hat angegeben, die Klägerin trotz der (wie stets) überfalligen Praxis nicht weggeschickt zu haben. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Niederschrift zum Termin verwiesen.

Ä

Beigezogen waren die Verwaltungsvorgänge der Beklagten. Auf diese und auf die Gerichtsakte wird ergänzend Bezug genommen.

Ä

Ä

Entscheidungsgründe

Ä

Die Berufung der Klägerin, über die der Senat im Einverständnis mit den Beteiligten ohne mündliche Verhandlung entscheidet ([ÄSÄ 124 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz \[SGG\]](#)), hat keinen Erfolg. Sie ist unbegründet.

Ä

1. Streitgegenständlich ist neben der erstinstanzlichen Entscheidung des SG über der Bescheid vom 04.07.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11.07.2018, mit dem die Beklagte die Gewährung von Krankengeld über den 27.06.2017 hinaus abgelehnt hat, weil die Klägerin ab dem 28.06.2017 nicht mehr mit Anspruch auf Krankengeld versichert gewesen sei. Gegen diesen Bescheid wendet sich die Klägerin zulässigerweise mit der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage nach [ÄSÄ 54 Abs. 1](#) und 4, [ÄSÄ 56 SGG](#), mit der sie die Gewährung von Krankengeld über den 27.06.2017 hinaus bis zur Erschöpfung des Anspruchs am 11.04.2018 begehrt, und die als auf den Erlass eines Grundurteils ([ÄSÄ 130 Abs. 1 Satz 1 SGG](#)) gerichtet über keiner Bezifferung bedarf (BSG, Urteil vom 17.06.2021 über [BÄ 3 KR 2/19 R](#) über juris Rn. 8).

Ä

Dem klägerischen Begehren fehlt nicht etwa deshalb das Rechtsschutzbedürfnis, weil sich im Falle des Obsiegens im Verfahren im Hinblick auf die Erfüllungsfiktion des [§ 107](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – die Klägerin hat während des Streitzeitraumes Arbeitslosengeld II bezogen – kein Zahlungsanspruch zugunsten der Klägerin ergeben würde. Denn nach höchststrichterlicher Rechtsprechung besteht ein schätzenswertes Interesse des Versicherten an der Klärung, welche Sozialleistung ihm konkret zugestanden hat (BSG, Urteil vom 12.03.2013 – [B 1 KR 7/12 R](#) – juris Rn. 11).

Ä

2. Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Die angefochtenen Bescheide der Beklagten sind rechtmäßig. Die Klägerin hat keinen Anspruch auf Gewährung von Krankengeld über den 27.06.2017 hinaus.

Ä

Rechtsgrundlage des geltend gemachten Anspruchs ist [§ 44 Abs. 1](#) 1. Alt. SGB V. Danach haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfähig macht. Der Anspruch entsteht von dem Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an ([§ 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V](#) in der ab 23.07.2015 geltenden Fassung). Er bleibt jeweils bis zu dem Tag bestehen, an dem die weitere Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit ärztlich festgestellt wird, wenn diese ärztliche Feststellung spätestens am nächsten Werktag nach dem zuletzt bescheinigten Ende der Arbeitsunfähigkeit erfolgt; Samstage gelten insoweit nicht als Werktage ([§ 46 Satz 2 SGB V](#)).

Ä

Bei – wie hier – zeitlich befristeten AU-Bescheinigungen und dementsprechender Krankengeldgewährung sind die Voraussetzungen des Krankengeldanspruchs für jeden Bewilligungsabschnitt erneut festzustellen (st. Rspr. – siehe nur BSG, Urteil vom 28.03.2019 – [B 3 KR 22/17 R](#) – juris Rn. 16 m.w.N.). Für die Aufrechterhaltung des Krankengeldanspruchs ist es dabei erforderlich, dass die Arbeitsunfähigkeit bei Ablauf eines jeden Bewilligungsabschnitts erneut ärztlich festgestellt wird. Um einen ununterbrochenen Krankengeldbezug zu gewährleisten, hat dies spätestens am nächsten Werktag nach dem zuletzt bescheinigten Ende der Arbeitsunfähigkeit zu erfolgen. Von der zum 11.05.2019 in Kraft getretenen Regelung des [§ 46 Satz 3 SGB V](#), nach der für Versicherte, deren Mitgliedschaft nach [§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) vom Bestand des Anspruchs auf Krankengeld abhängig ist, der Anspruch auf Krankengeld auch dann bestehen bleibt, wenn die weitere Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit nicht am nächsten Werktag im Sinne von Satz 2, aber spätestens innerhalb eines Monats nach dem zuletzt bescheinigten Ende der Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird, kann die Klägerin im hier streitigen Zeitraum noch nicht profitieren, weil dieser (Neu-)Regelung keine Rückwirkung zukommt (vgl. BSG, Urteil vom 11.05.2017 – [B 3 KR 22/15 R](#) – juris Rn. 16 – zur vergleichbaren Fallkonstellation der

zum 23.07.2015 in Kraft getretenen Änderungen durch das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz).

Ä

Die erneute Feststellung der Arbeitsunfähigkeit hätte damit spätestens am 28.06.2017 (Mittwoch) erfolgen müssen. Dies ist indes nicht geschehen. Erst am 29.06.2017 wurde der Klägerin erneut Arbeitsunfähigkeit attestiert. Denn anders als die Klägerin meint ist die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit kein bloßer rein praxisinterner Vorgang. Erforderlich ist ein Akt mit Außenwirkung, der sich in Form eines entsprechenden Schriftstücks (z.B. Bescheinigung) manifestiert (BSG, Urteil vom 11.05.2017 – B 3 KR 22/15 R – juris Rn. 18; Urteil vom 29.10.2020 – B 3 KR 6/20 R – juris Rn. 15).

Ä

Ob und in welchem Umfang der Versicherte bei erneuter ärztlicher Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit Krankengeld beanspruchen kann, bestimmt sich nach dem Versicherungsverhältnis, das im Zeitpunkt des jeweils in Betracht kommenden Entstehungszeitpunktes für das Krankengeld besteht (BSG, Urteil vom 28.03.2019 – B 3 KR 22/17 R – juris Rn. 16 m.w.N.; Urteil vom 17.06.2021 – B 3 KR 2/19 R – juris Rn. 9 m.w.N.). Hiernach bestand aufgrund des Krankengeldbezugs die Mitgliedschaft mit Anspruch auf Krankengeld auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zunächst fort (Ä 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V). Dies jedoch nur bis zum 27.06.2017. Denn mangels läckenloser Feststellung der Arbeitsunfähigkeit konnte ab dem 29.06.2017 kein erneuter Krankengeldanspruch entstehen.

Ä

Eine Ausnahmekonstellation, die es gebietet würde, die Klägerin so zu stellen, als ob eine rechtzeitige Feststellung der Arbeitsunfähigkeit erfolgt wäre, liegt, wie das SG zutreffend erkannt hat, nicht vor.

Ä

Die hiefür strichterliche Rechtsprechung erkennt seit jeher Ausnahmen von dem Erfordernis der rechtzeitigen ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an, wenn diese durch Umstände verhindert oder verzögert worden ist, die dem Verantwortungsbereich der Krankenkasse und nicht dem Verantwortungsbereich des Versicherten zuzurechnen sind. Derartiges hat das BSG in der Vergangenheit bejaht bei Fristversumnissen wegen Geschäfts- oder Handlungsunfähigkeit des Versicherten, im Falle des verspäteten Zugangs der Arbeitsunfähigkeitsmeldung bei der Krankenkasse aufgrund von Organisationsmängeln, die diese selbst zu vertreten hat, für Fälle einer irrtümlichen Verneinung der Arbeitsunfähigkeit des Versicherten aufgrund ärztlicher Fehlbeurteilung sowie bei einem von der Krankenkasse rechtsfehlerhaft bewerteten Maßstab für die Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit nach Aufgabe des letzten Arbeitsplatzes (vgl. BSG, Urteil vom

11.05.2017 [B 3 KR 22/15 R](#) juris Rn. 22 m.w.N.).

Ä

Diese Rechtsprechung hat das BSG zunächst dahingehend fortentwickelt, dass ein Ausnahmefall auch dann anzunehmen ist, wenn der Versicherte alles in seiner Macht Stehende getan hat, um die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit zu erreichen, diese dann aber wegen einer nichtmedizinisch begründeten Fehlvorstellung des Vertragsarztes unterbleibt (BSG, Urteil vom 11.05.2017 [B 3 KR 22/15 R](#) juris Rn. 25 f.). Dies hat das BSG allerdings davon abhängig gemacht, dass es zumindest zu einem (rechtzeitigen) Arzt-Patienten-Kontakt gekommen sein müsse, den das BSG dahingehend präzisiert hat, dass der Versicherte, den Arzt aufzusuchen und ihm seine Beschwerden vorzutragen hat. Unterbleibt dann die formelle ärztliche AU-Feststellung, d.h. die Ausstellung einer formellen Bescheinigung, sei dies nicht dem Versicherten zuzurechnen, weil dieser in einer derartigen Fallkonstellation seiner Mitwirkungsobliegenheit Genüge getan habe (BSG, a.a.O., Rn. 26 ff.).

Ä

Eine weitere Fortentwicklung der höchststrichterlichen Rechtsprechung ist während des laufenden Berufungsverfahrens dahingehend erfolgt, dass es einem rechtzeitig erfolgten persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt gleichsteht, wenn der Versicherte alles in seiner Macht Stehende und ihm Zumutbare getan hat, um rechtzeitig innerhalb der anspruchsbegründenden bzw. -erhaltenden zeitlichen Grenzen eine ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit als Voraussetzung des Anspruchs auf Krankengeld zu erhalten, es dazu aber aus dem Vertragsarzt und der Krankenkasse zurechenbaren Gründen erst verspätet nach Wegfall dieser Gründe gekommen ist (BSG, Urteile vom 26.03.2020 [B 3 KR 9/19 R](#) und [B 3 KR 10/19 R](#) juris jeweils Rn. 22). Dies sei, so das BSG, typischerweise zu bejahen bei einer auf Wunsch des Vertragsarztes bzw. seines von ihm angeleiteten Praxispersonals erfolgten Verschiebung des vereinbarten rechtzeitigen Arzttermins in der (naheliegenden) Vorstellung, ein späterer Termin sei für den Versicherten leistungsrechtlich unschädlich, weil nach den Arbeitsunfähigkeits-Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses auch die begrenzte rückwirkende ärztliche AU-Feststellung statthaft sei (BSG, a.a.O., Rn. 23).

Ä

Keine dieser Ausnahmekonstellationen liegt hier vor. Insoweit wird zunächst auf die Ausführungen des SG in der angefochtenen Entscheidung Bezug genommen, welche sich der Senat zu eigen macht ([ÄS 153 Abs. 2 SGG](#)). Hiernach war die Klägerin beim Aufsuchen der Arztpraxis am 27.06.2017 weder handlungs- noch geschäftsunfähig. Zu einem persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt im Sinne der vorzitierten Rechtsprechung des BSG ist es an diesem Tage nicht gekommen. Auch insoweit folgt der Senat den erstinstanzlichen Ausführungen. Der bloße Blickkontakt der Zeugin Z. mit der Klägerin am Praxistresen reicht insoweit nicht aus. Der Arzt-Patienten-Kontakt erfordert vielmehr eine ärztliche

Untersuchung, in deren Rahmen der Versicherte seine Beschwerden vorträgt und der Arzt sich davon überzeugt, dass diese Beschwerden tatsächlich bestehen und zudem die Arbeitsunfähigkeit des Patienten begründen, was sodann förmlich zu bestätigen ist. Dies hat am 27.06.2017 nicht stattgefunden. Die im Rahmen des Berufungsverfahrens geführten Ermittlungen haben zudem ergeben, dass das Unterbleiben des rechtzeitigen Kontakts nicht auf Umständen beruht, die der Krankenkasse zuzurechnen wären. Nur in diesem Falle wäre die Lücke in der ärztlichen AU-Feststellung für den Versicherten unschädlich (BSG, Urteil vom 17.06.2021 – B 3 KR 2/19 R – juris Rn. 23.). Eine Zurechnung zu der Krankenkasse würde voraussetzen, dass die Ursache für die Verspätung des Arzt-Patienten-Kontakts in der Sphäre des Vertragsarztes bzw. dessen Praxispersonals wurzelt (BSG, Urteile vom 26.03.2020 – B 3 KR 9/19 R und B 3 KR 10/19 R – juris jeweils Rn. 23). Dies ist vorliegend nicht der Fall. Der Untersuchungstermin wurde nicht auf Betreiben der Arztpraxis verschoben. Die Zeuginn Z. und D. haben übereinstimmend und glaubhaft bekundet, dass auch bei (wie stets) vollerer Praxis kein Patient weggeschickt werde. Der Aussage der Zeugin Z. ist zudem zu entnehmen, dass alle rechtzeitig erschienenen Patienten nach und nach abgearbeitet, d.h. behandelt werden, wobei dringende Fälle auch vorgezogen werden. Die Entscheidung, die Praxis am 27.06.2017 wieder zu verlassen, hat die Klägerin, wie sie selbst bestätigt hat, aus eigenem Antrieb heraus getroffen. Dies deswegen, weil sie sich längere Wartezeiten aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustands nicht zumuten wollte. Dies mag zwar subjektiv verständlich sein. Es handelt sich jedoch nicht um einen Aspekt, der der beklagten Krankenkasse zuzurechnen wäre. Weder die ausreichende Versorgung einer Region (hier: Ostsachsen) mit Haus- und Fachärzten noch die Art und Weise der Organisation der inneren Abläufe einer Arztpraxis (etwa: Patientenanzahl, Öffnungszeiten, Terminvergabesystem) fällt in den Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich der Beklagten. Da mithin keine in der höchststrichterlichen Rechtsprechung entwickelten Fallkonstellationen vorliegt, in denen von dem Erfordernis einer rechtzeitigen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit abgesehen werden könnte, verbleibt es bei dem auch vom BSG seiner Rechtsprechung weiterhin zugrunde gelegten allgemeinen Grundsatz, dass es sich bei der rechtzeitigen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit um eine Obliegenheit des Versicherten handelt (BSG, Urteil vom 11.05.2017 – B 3 KR 22/15 R – juris Rn. 20; Urteil vom 29.10.2020 – B 3 KR 6/20 R – juris Rn. 23; Urteil vom 17.06.2021 – B 3 KR 2/19 R – juris Rn. 24). Dies bedeutet, dass die Folgen einer sei sie auch unverschuldet verspäteten Feststellung der Arbeitsunfähigkeit in die Verantwortungssphäre des Versicherten fallen und von diesem zu tragen sind.

Ä

3. Die Kostenentscheidung beruht auf [ÄS 193 SGG](#).

Ä

4. Gründe für die Zulassung der Revision nach [ÄS 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor. Grundsätzliche Bedeutung kommt der Rechtssache insbesondere

auch im Hinblick auf die zum 11.05.2019 in Kraft getretenen Neuregelung des [§ 46 Satz 3 SGB V](#) nicht zu.

Ä

Erstellt am: 21.09.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024